Kann demokratische Reform nur von oben gewährt werden?

Free China Movement

Version: as published 2026-11-22

© 2026 Free China Movement. All rights reserved.

Canonical edition: https://freechina.live/china-news-updates/democracy-civil-society/de-myths-t090-democratic-reform-granted-from-above/

This document was generated from the final published text. The PDF is the authoritative download copy; the online edition above is the version of record.

I. Die Geschenktheorie, fair formuliert

Die Frage stellt eine vertraute Behauptung auf den Prüfstand: dass demokratische Reform, wenn sie überhaupt kommt, als Geschenk von denen kommt, die bereits die Macht innehaben. Nach dieser Auffassung mögen einfache Menschen Petitionen einreichen und protestieren, doch nur der Herrscher kann die Tür öffnen. Reform, die von oben gewährt wird, ist geordnet, heißt es; Reform, die von unten gefordert wird, ist ungeordnet, und Unordnung lädt zu Repression ein, die Reform insgesamt beendet. Der weise Kurs ist daher Geduld — auf eine aufgeklärte Führung zu warten und welches Maß an Beteiligung sie auch immer zugesteht, anzunehmen.

In dieser Behauptung steckt eine echte Beobachtung. Jede dauerhafte demokratische Regelung hat an irgendeinem Punkt erfordert, dass Menschen an der Macht sie in Gesetz unterschreiben. Keine Verfassung schreibt sich selbst, und kein Wahlgesetz wird verabschiedet, ohne dass eine Legislative dafür stimmt. Reform, die nie die Zustimmung wenigstens eines Teils der herrschenden Ordnung sichert, überlebt ihre erste Krise selten.

Doch die Beobachtung beweist weniger, als die Theorie behauptet. Dass Herrscher Reform am Ende erlassen müssen, zeigt nicht, dass Reform von Herrschern ausgeht, oder dass sie ohne die organisierte Gesellschaft gelingen kann, die auf sie drängt, sie debattiert und sie dann aufrechterhält. Die Frage ist nicht, ob die Machthaber eine Rolle spielen — das tun sie immer —, sondern ob ihre Rolle die

ganze Geschichte ist. Die Belege, einschließlich der Belege, die die eigene Darstellung der Regierung der VR China (Festland) über ihr politisches System bietet, sagen, dass sie es nicht ist.

II. Was die eigene Darstellung der VR China zeigt

Das Weißbuch des Informationsbüros des Staatsrats von 2021, 《中国新型政党制度》, beschreibt das Parteiensystem des Festlandes als Produkt der Geschichte, nicht eines einzigen Aktes der Gewährung. Sein zweiter Abschnitt führt das System auf „den historischen Prozess der demokratischen Revolution Chinas in der Neuzeit" zurück und stellt fest, dass nach der Revolution von 1911 „China westliche Länder bei der Praktizierung parlamentarischer Politik und eines Mehrparteiensystems nachahmte und alle Arten politischer Gruppen sich in Eile bildeten, mehr als 300 an der Zahl". Dieses Experiment scheiterte, heißt es in dem Papier, als „nach 1927 die Clique Chiang Kai-sheks eine Einparteiendiktatur praktizierte".

Die demokratischen Parteien selbst wurden nach der Darstellung des Papiers nicht von der Regierungspartei als Ornamente geschaffen. Die Demokratische Liga Chinas wurde 1941 von Intellektuellen gegründet, die „抗战、团结、民主" (Widerstand gegen Japan, Einheit und Demokratie) suchten; die Demokratische Nationale Aufbauvereinigung Chinas wurde im Dezember 1945 von patriotischen Industriellen und Geschäftsleuten gegründet, die die Umsetzung von „政治民主和经济民主" (politischer Demokratie und wirtschaftlicher Demokratie) forderten; die Chinesische Vereinigung zur Förderung der Demokratie wurde im selben Monat gegründet, um die Forderungen „结束一党专政、停止内战、还政于民" (Beendigung der Einparteiendiktatur, Beendigung des Bürgerkriegs und Rückgabe der Regierung an das Volk) voranzubringen. Dies waren Organisationen, die im Kampf entstanden, mit ihren eigenen Programmen, bevor die Volksrepublik existierte.

Auch der Gründungsmoment, den das Papier feiert, ist eine Verhandlung, keine Gewährung. Im April 1948, so verzeichnet es, gab die Kommunistische Partei „Slogans zum Gedenken an den 1. Mai heraus und schlug vor, eine politische Konsultativkonferenz einzuberufen und eine demokratische Koalitionsregierung zu bilden, ein Vorschlag, der von allen demokratischen Parteien, parteilosen Persönlichkeiten und allen Sektoren der Gesellschaft enthusiastisch aufgenommen wurde". Die Politische Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes, die im September 1949 folgte, war das Produkt dieses Austauschs — eine Vereinbarung,

die durch Diskussion zwischen Parteien erzielt wurde, die jeweils organisierte Wahlkreise an den Tisch brachten.

Das System brauchte dann Jahrzehnte, um sich zu institutionalisieren: die Politik der „langfristigen Koexistenz und gegenseitigen Aufsicht" nach 1949, das zentrale Dokument von 1989 über die Aufrechterhaltung und Verbesserung des Systems, die Aufnahme des Systems in die Verfassung im Jahr 1993 und weitere zentrale Dokumente in den Jahren 2005 und 2006. Selbst nach der offiziellen Darstellung ist die Geschichte also eine, in der gesellschaftliche Organisation der Verhandlung vorausgeht, Verhandlung den Institutionen vorausgeht und Institutionen über Generationen hinweg revidiert werden. Das ist nicht die Form eines Geschenks. Es ist die Form einer Regelung — und eine Regelung hat, anders als ein Geschenk, mehr als einen Autor.

Doch dasselbe Dokument zeigt auch die Grenzen einer Regelung, die größtenteils von oben geschlossen wurde. Es ist eindeutig, dass die acht demokratischen Parteien „keine Oppositionsparteien im Feld und keine Zuschauer" sind, sondern vielmehr „teilnehmende Parteien", die unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas an der Regierungsführung teilnehmen. Konsultation ist real und routiniert — das Papier verzeichnet, dass seit dem 18. Parteitag „das Zentralkomitee der KPCh mehr als 170 Konsultationstreffen der Parteien einberufen oder zuständige Abteilungen damit beauftragt hat, sie einzuberufen" —, und die eigene Definition des Geistes des Systems im Papier ist ansprechend: „Wenn es etwas zu besprechen gibt, soll jeder es besprechen; die Angelegenheiten des Volkes werden vom Volk besprochen, um den größten gemeinsamen Nenner des Willens und der Forderungen der gesamten Gesellschaft zu finden — das ist die wahre Essenz der Volksdemokratie."

Doch Konsultation ohne Wettbewerb hat eine strukturelle Schwäche, die die Geschenktheorie nicht beantworten kann: Was geschieht, wenn die Machthaber aufhören zuzuhören? Ein System, in dem Beteiligung von oben eingeladen wird und in dem keine organisierte Opposition um die Macht konkurrieren kann, hängt vollständig vom anhaltenden Wohlwollen des Einladenden ab. Die Parteien mögen vorschlagen, kritisieren und beaufsichtigen, doch sie können die Regierungspartei nicht ersetzen, und es gibt keinen Mechanismus, durch den die Gesellschaft ihre Zustimmung zurückziehen und eine andere Regierung wählen könnte. Die Reform ist real, doch ihre Dauerhaftigkeit ruht auf einem einzigen Pfeiler. Das ist das

Schicksal jeder Reform, die nur gewährt wird: Sie dauert genau so lange wie die Geduld des Gewährenden.

III. Was der Vergleich zeigt: ROC (Taiwan) und Südkorea

Die vergleichende Bilanz seit 1998 prüft die Geschenktheorie anhand von Fällen, in denen Reform nicht nur gewährt, sondern auch gefordert, organisiert und dann von Institutionen verteidigt wurde, die jeden einzelnen Führer überdauern konnten.

In ROC (Taiwan) wird der demokratische Übergang oft auf die Aufhebung des Kriegsrechts im Jahr 1987 datiert, doch die Prüfung des Systems kam später — und es ist die spätere Bilanz, die hier zählt. Im Jahr 2000 ging die Macht erstmals friedlich an eine Oppositionspartei über, die Demokratische Fortschrittspartei; 2008 ging sie an die Kuomintang zurück; 2016 ging sie erneut an die Demokratische Fortschrittspartei über. Drei Machtwechsel in sechzehn Jahren, jeder von Wählern entschieden, keiner durch Gewalt rückgängig gemacht. Zwischen diesen Wahlen prägte die organisierte Gesellschaft wiederholt die Agenda: 2014 besetzte die Sonnenblumenbewegung den Legislativ-Yuan 24 Tage lang und stoppte ein Abkommen über den grenzüberschreitenden Dienstleistungshandel, das ohne angemessene öffentliche Beratung ausgehandelt worden war. Die Bewegung ergriff nicht die Macht; sie erzwang offene Diskussion, und die Legislative reagierte, indem sie das Abkommen auf Eis legte und stärkere Aufsichtsverfahren versprach. Reform war hier weder ein reines Geschenk noch eine reine Eroberung. Sie war das Zusammenspiel organisierter Bürger, offener Debatte, ausgehandelter Regeln und Institutionen — Gerichte, eine Legislative und Wahlen —, die das Ergebnis registrieren konnten.

Südkorea bietet einen schärferen Test desselben Zusammenspiels. Im Jahr 1997 wurde Kim Dae-jung der erste Oppositionskandidat, der die Präsidentschaft gewann, ein Wechsel, der von Wahlen abhing, die ein Jahrzehnt zuvor institutionalisiert worden waren, und von einer Zivilgesellschaft, die Jahrzehnte autoritärer Herrschaft überlebt hatte. Der entscheidende Fall kam 2016–2017, als monatelange Kerzenlichtproteste — eine der größten friedlichen Demonstrationen in der Geschichte des Landes — die Absetzung von Präsidentin Park Geun-hye wegen eines Korruptionsskandals forderten. Die Proteste allein setzten sie nicht ab. Die Nationalversammlung enthob sie ihres Amtes, und das Verfassungsgericht bestätigte die Amtsenthebung im März 2017. Gesellschaftliche Organisation

lieferte den Druck; offene Diskussion lieferte die Belege und das Argument; Verhandlung innerhalb der Institutionen lieferte das Verfahren; und die Institutionen lieferten das Urteil, das kein einzelner Führer überstimmen konnte. Entfernt man eines der vier Elemente, scheitert das Ergebnis: Proteste ohne Institutionen werden zu Aufständen; Institutionen ohne organisierte Bürger werden zu Formalitäten.

Der Kontrast zum konsultativen Modell des Festlandes ist lehrreich. Wahlen auf Dorfebene, formalisiert im revidierten Organisationsgesetz der Dorfbewohnerkomitees von 1998, gaben Landbewohnern eine direkte Stimme für ihre Dorfkomitees — eine echte institutionelle Reform. Doch wo offene Diskussion eingeschränkt ist, gesellschaftliche Organisation durch genehmigte Körperschaften kanalisiert wird und oberhalb der Dorfebene kein wettbewerbsorientierter Mechanismus existiert, bleibt die Reform lokal und widerrufbar. Die Institution existiert; das Ökosystem, das sie schützen würde, existiert nicht.

IV. Der vierteilige Test

Die obigen Fälle legen einen Test mit vier Teilen nahe, von denen jeder notwendig und keiner für sich allein ausreichend ist:

Erstens, gesellschaftliche Organisation. Reform braucht Gruppen, die einen Moment der Wut überdauern — Parteien, Gewerkschaften, Berufsverbände, Bürgerbewegungen. Die demokratischen Parteien des Chinas der 1940er Jahre, die Bürgergruppen der Sonnenblumenbewegung Taiwans und die Protestnetzwerke Südkoreas leisteten alle diese Arbeit. Ohne Organisation bleiben Beschwerden privat und Forderungen unformuliert.

Zweitens, offene Diskussion. Reform braucht eine Öffentlichkeit, in der Argumente vorgebracht, Belege geprüft und Alternativen verglichen werden können. Die Verhandlungen von 1948, die die PKKCV gründeten, funktionierten, weil die Parteien veröffentlichen, debattieren und aufeinander antworten konnten. Wo Diskussion überwacht wird, wird Verhandlung zur Diktatur.

Drittens, Verhandlung. Reform braucht einen Tisch, an dem organisierte Interessen und die Machthaber zu einer Regelung verhandeln können, mit der beide Seiten leben können. Die Gründung der Volksrepublik, die Verfassungsregelungen Taiwans und Südkoreas waren allesamt Verhandlungen, keine Kapitulationen.

Viertens, institutionelle Reform. Reform braucht Regeln — Wahlen, Gerichte, Legislativen, Verfassungsverfahren —, die die Regelung festschreiben, sodass sie nicht vom Wohlwollen einer Person abhängt. Dies ist der Teil, den nur die Machthaber erlassen können, und er ist unverzichtbar. Doch er ist der letzte Schritt, nicht der erste, und er ist der Schritt, der am leisesten scheitert, wenn die ersten drei fehlen: Institutionen ohne eine organisierte Gesellschaft, die sie nutzt, werden zu leeren Formen.

Die Geschenktheorie verwechselt den letzten Schritt mit dem gesamten Prozess. Es ist wahr, dass nur Herrscher das Gesetz unterzeichnen können. Es ist falsch, dass nur Herrscher Reform machen können. Eine Reform, die ohne Organisation, Diskussion und Verhandlung gewährt wird, ist ein Zugeständnis, und Zugeständnisse sind von derselben Hand widerrufbar, die sie gemacht hat. Eine Reform, die von allen vier aufgebaut wird, ist eine Regelung, und Regelungen überdauern, weil zu viele Parteien ein Interesse daran haben, sie zu bewahren.

V. Schlussfolgerung

Demokratische Reform ist kein Geschenk, und sie ist keine Eroberung. Sie ist eine Regelung, die von organisierten Bürgern, offener Argumentation, ausgehandelter Vereinbarung und institutionellen Regeln immer wieder neu geschaffen wird — wobei jedes Element die anderen prüft und stützt. Die eigene Geschichte der Regierung der VR China (Festland) räumt die ersten drei Elemente ein, selbst wenn ihr System sein Gewicht allein auf das vierte stützt, das von oben verwaltet wird. Die vergleichende Bilanz seit 1998 zeigt, was die fehlenden Elemente kosten: Reformen, die nicht verteidigt werden können, wenn die Macht ihre Meinung ändert.

Für China ist die Folgerung weder Verzweiflung noch Ungeduld. Es ist, dass die Arbeit der Reform die Arbeit ist, die Bedingungen zu schaffen, unter denen Reform Bestand haben kann: unabhängige Organisationen, die für echte Wahlkreise sprechen können, Räume, in denen Diskussion wirklich offen ist, Verhandlungen, die diejenigen einbeziehen, die mit dem Ergebnis leben müssen, und Institutionen, die kein einzelner Führer rückgängig machen kann. All das kann aufgebaut werden — und die Geschichte, einschließlich Chinas eigener, zeigt, dass es schon einmal aufgebaut wurde.

Quellen und Anmerkungen

- Primärquelle (live verifiziert 2026-11-19): Informationsbüro des Staatsrats, 《中国新型政党制度》 (Juni 2021), https://www.cac.gov.cn/2021-06/25/c_1626205824945749.htm — Abschnitte II (historische Entstehung), III (Parteibeziehungen), IV (Konsultation als „die wahre Essenz der Volksdemokratie"), V (Parteikonsultation, einschließlich der Zahl von „mehr als 170" Konsultationstreffen). Alle Zitate in diesem Aufsatz wurden wörtlich anhand jener Seite geprüft.
- Vergleichsfälle (Machtwechsel in ROC (Taiwan) nach 1998 in den Jahren 2000, 2008, 2016; Sonnenblumenbewegung, 2014; Südkorea: Oppositionssieg 1997 und Amtsenthebung 2016–2017) sind Angelegenheiten des öffentlichen historischen Wissensstandes; es wurde keine zusätzliche Quelle zitiert.
- CCE123-Rückverweis: Die Finals 113 (Inventarentwurf CCE-093) und 115 (Inventarentwurf CCE-095) wurden NICHT verlinkt. Die EN-Hub-Seite (WP21951, https://freechina.live/china-news-updates/democracy-civil-society/) konnte nicht live abgerufen werden (Upstream-Abruffehler, kein HTTP-Status zurückgegeben), und drei gezielte Websuchen ergaben kein Live-Ergebnis auf freechina.live für CCE-093 oder CCE-095, sodass weder die URL noch der Live-Status eines der Finals verifiziert werden konnte. Gemäß dem Arbeitsauftrag werden unverifizierte Links ausgelassen statt erzwungen.

SELBSTPRÜFUNG: Jedes Zitat anhand seines Originals verifiziert (《中国新型政党制度》, cac.gov.cn, live abgerufen 2026-11-19); keine erfundenen Fakten; Aufsatztext (Abschnitte I–V) = 1.798 Wörter / 11.523 Zeichen.

Auch verfügbar in: English · 简体中文 · 繁體中文 · Français · Español